DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

Lesezeit

In der Herbstbeilage des jW-Shops finden Sie Empfehlungen und Hinweise auf Neuerscheinungen, zum Beispiel von Volker Hermsdorf und von Wiglaf Droste. Außerdem: Neue Filme und ein neuer Band der »Bibliothek des Widerstands«

ZWÖLF SEITEN EXTRA

GEGRÜNDET 1947 · **FREITAG, 9. OKTOBER 2015** · NR. 234 · 1,40 EURO / 47 CZK · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Regierungsgangster
Ankara unterstützt dschihadistische
3 Milizen in Syrien. Eindrücke aus der türkischen Provinz Hatay

Rentenkürzer
Hans-Werner Sinn verlangt wegen
4 Flüchtlingszuzugs »neue Agenda 2010«. Siehe Kommentar Seite 8

Rätselraten
Die Jahrestagung von IWF und Weltbank im peruanischen Lima steht
9 im Zeichen der globalen Krise

Raubkapitalismus
Auszug aus dem Vorwort zum Quellenband »Faschismus-Diagnosen«
12 von Kurt Pätzold

Wut im Bauch

Französische Gewerkschaften riefen zum Aktionstag. Beschäftigte wollen »freiwilligen« Lohnkürzungen nicht mehr zustimmen. **Von Hansgeorg Hermann, Paris**

Französische Lohnabhängige sind am Donnerstag zu Tausenden auf die Straße gegangen, um gegen Lohnkürzungen und Entlassungen zu protestieren. In Le Havre blockierten am Morgen rund 400 Dockarbeiter den Eingang zum Hafen. Immer weniger Arbeiter sind bereit, »freiwillig« Abstriche auf dem Lohnzettel hinzunehmen, um angeblich in Schwierigkeiten geratene Betriebe »zu retten«.

Zum Aktionstag am Donnerstag hatten die Gewerkschaften Confédération Générale du Travail (CGT), Fédération Syndicale Unitaire (FSU) und Union Syndicale Solidaires (SUD) aufgerufen. Die Arbeiterproteste mündeten am Nachmittag in einen Demonstrationszug durch die Hauptstadt Paris. Am Marsch von der Place de la République zur Place de la Nation und der abschließenden Kundgebung beteiligten sich rund 5.000 Menschen. Seit Montag streiken in Paris die Beschäftigten der städtischen Müllabfuhr. Sie verlangen bessere Arbeitsbedingungen und angemessene Entlohnung. Auch die Angestellten der staatlichen Eisenbahngesellschaft SNCF und des öffentlichen Nahverkehrs RATP sind für zwei Tage teilweise im Ausstand.

Der Zorn der Beschäftigten drückt sich inzwischen auch physisch aus: Wütende Angestellte der Luftfahrtgesellschaft Air France rissen am vergangenen Montag zwei Personaldirektoren die Kleider vom Leib. Ihnen droht nach Auskunft der Firmenleitung die fristlose Kündigung. Die Airline, an deren Muttergesellschaft Air France-KML der französische Staat knapp 16 Prozent der Aktien hält, soll bis 2017 rund 3.000 Arbeitsplätze verlieren. In den vergangenen zehn Jahren waren bereits 15.000 Stellen gestrichen worden.

EPA/IAN LANGSDON

Air-France-Angestellte auf der Straße: Tausende forderten am Donnerstag in Paris bessere Arbeitsbedingungen

Die Ausschreitungen bei der Air France hatten in den Medien für ein gewaltiges Echo gesorgt. Während der sozialdemokratische Premierminister Manuel Valls die gegen Personalmanager gerichtete Gewalt »unerträglich, nicht hinnehmbar« nannte und Staatspräsident François Hollande gar einen »Schaden für das Image Frankreichs« ausmachte, stellte CGT-Generalsekretär Philippe Martinez klar: »Wir sollten lieber von der sozialen Gewalt sprechen, die von der Regierungspolitik und den Unternehmern ausgeht. Gewalt ist, wenn einer seine Arbeit verliert.« Air France will im Zuge der angekündigten »Umstrukturierung« auch defizitäre Flugrouten einstellen und bis Ende 2017 mindestens 14 Langstreckenmaschinen aus dem Verkehr ziehen.

Die zunehmende Gewaltbereitschaft bei den Lohnabhängigen des Landes resultiert vor allem aus der Erkenntnis, dass sich »freiwillig« akzeptierte Lohnkürzungen, verlängerte Arbeitszeiten und Verzicht auf freie Tage in den vergangenen Jahren nie ausgezahlt haben. In den meisten Fällen wurden wirtschaftlich angeschlagene Großbetriebe nur wenige Monate später trotzdem zugemacht.

Bei Continental hatten Facharbeiter 2009 für einige Stunden die Personalführung des Betriebs in Geiselhaft genommen. Im Januar desselben Jahres hatten rund 50 Angestellte des Versandhauses La Redoute den Besitzer und Multimilliardär François-Henri Pinault in einem Taxi festgehalten und ihn – bis zum Eintreffen der Polizei – zur Rede gestellt. Nach Angaben des »Nouveau Parti anticapitaliste« haben die 40 wichtigsten börsennotierten französischen Unternehmen (CAC 40) in den ersten sechs Monaten 2015 rund 38 Milliarden Gewinne eingefahren. Großkonzerne wie Areva, Siemens France, Intermarché oder Schlumberger kündigten gleichzeitig die Streichung von mehreren zehntausend Arbeitsplätzen an.

Polizisten dürfen gefilmt werden

Verfassungsgericht stärkt Demonstrationsrecht: »Kritik an staatlichem Handeln« zulässig

Das Bundesverfassungsgericht hat die Rechte von Demonstranten gegenüber der Polizei gestärkt. Nach einem am Donnerstag veröffentlichten Beschluss dürfen die Einsatzkräfte nur dann die Identität von Protestteilnehmern feststellen, wenn eine »konkrete Gefahr« für die öffentliche Sicherheit und Ordnung besteht. Filmt die Polizei eine Demonstration, dürfe sie nicht ohne weiteres die Identität von Teilnehmern feststellen, die die Beamten ihrerseits filmen. Sonst bestehe die Gefahr, dass solche Demonstranten »aus Furcht vor polizeilichen Maßnahmen« auch zulässige Film- oder Fotoaufnahmen und damit »Kritik an staatlichem Handeln« unterlassen (Aktenzeichen 1 BvR 2501/13).

Mit dem Urteil war die Verfassungsbeschwerde eines Mannes erfolgreich, der der Polizei bei einer angemeldeten Demonstration in Göttingen seinen Personalausweis zeigen musste. Die Karlsruher Richter sahen sein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung verletzt. Bei der Versammlung im Januar 2011 filmte die Polizei die Teilnehmer. Die Begleiterin des Klägers erweckte den Eindruck, als filme sie ihrerseits die Beamten. Die Polizei ging nach eigener Darstellung davon aus, dass die Demonstranten ihre Videos von dem Einsatz im Internet veröffentlichen würden. Das nahmen auch die Verwaltungsgerichte an und wiesen die Klage des Demonstranten ab. Diese Entscheidungen hob das Bundesverfassungsgericht allerdings wieder auf. Es sei verkannt worden, dass die Demonstrationsteilnehmer deshalb filmten, weil die Polizei selbst Bild- und Tonaufnahmen von ihnen machte. Nun sei zu prüfen, ob die von den Demonstranten selbst angefertigten Videos nicht eine »bloße Reaktion« auf das Vorgehen der Polizei gewesen seien – zur Beweissicherung bei etwaigen Rechtsstreitigkeiten. Das Kunsturhebergesetz verbiete nicht die Anfertigung von Bildern, sondern erst deren unbefugte Verbreitung, stellte das Verfassungsgericht klar. (Reuters/jW)

EU will schneller abschieben

Luxemburg. Die EU-Innenminister haben am Donnerstag einen umfangreichen Plan zur Beschleunigung und Ausweitung von Abschiebungen beschlossen. Sie verabschiedeten auf ihrem Treffen in Luxemburg ein zehnseitiges Papier zur »Zukunft der EU-Rückführungspolitik«, das unter anderem gemeinsame Abschiebeflüge vorsieht. Diese sollen von der EU-Grenzagentur Frontex finanziert und organisiert werden. Darüber hinaus will die EU Herkunftsländer durch Anreize wie mehr Entwicklungshilfe dazu bringen, ihre geflüchteten Bürger wieder aufzunehmen. Konsequente Abschiebungen seien »die andere Seite der Medaille« der EU-Flüchtlingspolitik. »Erhöhte Rückführungsquoten sollen als Abschreckung gegenüber irregulärer Einwanderung wirken«, heißt es in dem Papier. (AFP/jW)

Angeblich Rentenerhöhung zu erwarten

STEPHAN SCHEULER/DPA-BILDFUNK

Berlin. Die gut 20 Millionen Rentner in Deutschland können sich auf ein Plus bei ihren Altersbezügen im kommenden Jahr einstellen. »Die gute Wirtschaftslage und der hohe Stand sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wirken sich im System der gesetzlichen Rente positiv für die Rentnerinnen und Rentner aus«, erklärte das Bundesarbeitsinisterium am Donnerstag in Berlin.

Bei den in einem Medienbericht genannten Zahlen, wonach 2016 ein Anstieg von vier bis fünf Prozent zu erwarten sei, handele es sich aber lediglich um Schätzungen, hieß es weiter. Die für die Berechnung der Rentenanpassung erforderlichen Daten lägen erst im Frühjahr vor. Erst dann könne die im Sommer 2016 anstehende Rentenanpassung errechnet werden. (AFP/jW)

jW wird herausgegeben von 1.732 Genossinnen und Genossen (Stand 01.10.2015)
www.jungewelt.de/lpg
Tschechische Republik: 47 CZK
4 198625 901409 50041